

Trübe Bilanz eines „Friedensprozesses“

Die Abkommen, die Israel und die Palästinenser miteinander schlossen, haben der Region noch nicht das Ende der Gewalt gebracht

Von Ludwig Watzal

Jahrestage bieten sich an, Bilanz über ein Ereignis zu ziehen, daß man gemeinhin als „Friedensprozeß“ bezeichnet. Dieser Prozeß ist schon seit langem tot, trotzdem bemühen sich alle Seiten, diesen Leichnam immer wieder zum Leben zu erwecken. Warum ist das so, und wie begann die Episode des Friedensprozesses? Ein hundertjähriger Konflikt schien sich seinem Ende zuzuneigen, als am 13. September 1993 das Oslo-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weißen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft des US-Präsidenten Bill Clintons unterzeichnet worden ist. Das Abkommen, das der israelische Außenminister Schimon Peres und der Verhandlungsführer der PLO, Abu Mäzen, unterzeichnet haben, trägt den etwas hölzernen Titel „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ und war das erste, das der geschundenen Region Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten sich bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu lösen.

In welchen visionären Dimensionen man dachte, machte die Rede Schimon Peres deutlich: „Was wir heute hier vollziehen, ist mehr als die Unterzeichnung einer Übereinkunft. Es ist eine Revolution. Wir wollen eine Wende von Gewehrkugeln zu Wahlkugeln, von Waffen zu Spaten. Wir werden mit Euch beten. Wir werden unsere Hilfe anbieten, um Wohlstand in Gaza zu schaffen und Jericho wieder zum blühen zu bringen.“ Peres trieb seine Vision ins Prophetische. „Wir müssen ein neues Gemeinwesen auf unserem alten Boden schaffen; einen Nahen Osten für die Menschen, einen Nahen Osten für die Kinder. Lassen Sie uns der Feindschaft eine Absage erteilen, und mögen Opfer auf keiner Seite mehr zu beklagen sein.“

Wesentlich realistischer dagegen der damalige Ministerpräsident Yitzhak Rabin, der Ex-General, der über die Opfer von Gewalt und das Leid der Familien, über Jerusalem als der „ewigen Hauptstadt des jüdischen Volkes“ sprach. Seine Rede war primär an die israelische Bevölkerung gerichtet. „Wir kommen von einem Volk, aus einer Heimat, einer Familie, wo es kein einziges Jahr, keinen einzigen Monat gegeben hat, in dem Mütter nicht um ihre Söhne geweint haben. Wir sagen Euch mit lauter und deutlicher Stimme: Genug des Blutes und der Tränen. Genug.“ Das Gleiche trifft auch für die palästinensischen Familien zu.

Yassir Arafat appellierte nicht nur an die Hilfe der USA und der internationalen Staatengemeinschaft, sondern bemühte auch „Gott, den Barmherzigen“. Wohl ahnend, daß der Weg kein leichter sein wird. „Wir zählen auf die auf die Rolle aller Länder, die glauben, daß ohne einen Frieden im Nahen Osten der Frieden in der Welt nicht vollkommen sein wird.“

Die internationale Staatengemeinschaft war sofort bereit, den Friedensprozeß massiv zu unterstützen. In kurzer Zeit waren 2,5 Milliarden US-Dollar für den Zeitraum von 1994 bis 1998 zugesagt, so daß sich die Experten schon fragten, wo den diese Summe im kleinen Gaza-Streifen sinnvoll investiert werden könnte.

Der Weg zur Unterzeichnung des Abkommens war schwerlich und dornenreich gewesen. Er begann mit der Friedenskonferenz von Madrid am 31. Oktober 1991, zu dessen Beginn die Palästinenser noch Teil der jordanischen Delegation waren und kein Teilnehmer aus Ost-Jerusalem unter ihnen sein durfte, da Ost-Jerusalem nach israelischer Lesart integraler Bestandteil Israels durch die völkerrechtswidrige Annexion von 1980 geworden war. In der Folge der Madrider Konferenz trafen sich von 1991 bis 1993 die israelische und die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington zu zehn ergebnislosen Verhandlungsrunden. Bis die Nachricht von der bevorstehenden Unterzeichnung eines Abkommens an die Öffentlichkeit kam, das sowohl die palästinensische Delegation als auch die

Experten überraschte. Trotz Friedensprozeß riß die Welle der Gewalt nie ab. Entweder waren es israelische Opfer palästinensischer Selbstmordattentäter oder Palästinenser, die israelischen Militärs zum Opfer fielen. Israel reagierte auf die Terroranschläge mit Repression und Kollektivbestrafungen. Zu den teils völkerrechtswidrigen Strafmaßnahmen gehören Häuserzerstörungen, Ausgangssperren, Landenteignungen, Abriegelung der Gebiete.

Das Paradoxe an der Lage der Palästinenser ist, daß auch die palästinensische Autonomiebehörde die Menschenrechte der eigenen Landsleute verletzt. In der knapp vierjährigen Regierungszeit des Arafat-Regimes wurden 18 Palästinenser durch die diversen Geheimdienste zu Tode gefoltert. Einschüchterungen und Willkür der Geheimdienste gehören zum Alltag. Arafat geriet unter erheblichen Druck Israels und der USA. Beide verlangten von ihm, aggressiver gegen die Radikalen vorzugehen. Sie zu verhaften und an Israel auszuliefern. Dies vermied Arafat dadurch, daß er Verdächtige umge-

hend von seinem dubiosen „Staatssicherheitsgericht“ verurteilen ließ, um sie damit vor der Auslieferung an Israel zu „schützen“. Alle Verurteilten brauchen nicht an Israel ausgeliefert zu werden.

Wie paßt der Status quo mit den wohlmeinenden Absichtserklärungen von Washington zusammen? Waren sie realistisch; was steht in den Dokumenten?

Das Osloer Vertragswerk umfaßt die „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993, das „Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen“, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und Bestandteil des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 ist. Das „Wirtschaftsprotokoll“ wurde unverändert in das „Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 integriert. Zuletzt wurde das Hebron-Protokoll vom 15. Januar 1997 von der Netanyahu-Regierung unterzeichnet.

Bevor es zur Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung“ kommen konnte, wurden Briefe ausgetauscht, in denen sich beide Seiten anerkannten und Arafat für die PLO einige Verpflichtungen eingegangen ist: Die Anerkennung der UN-Resolutionen 242 und 338; die Absage an den Terrorismus; die Streichung aller Artikel aus der PLO-Charta, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Um die Kluft zwischen beiden Parteien zu überbrücken, vereinbarte man eine Übergangsperiode von fünf Jahren.

Die wichtigsten Punkte der Prinzipienklärung sind:

Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Artikel XIV); Gründung einer palästinensischen Behörde (Artikel I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Artikel VI); Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Artikel III); Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Artikel VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Außenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentlichen Ordnung der jüdischen Siedlungen und deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Straßen behält sich Israel vor. Die gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Endverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Außenbeziehungen und „andere Fragen von gemeinsamen Interesse“ (Artikel V).

Der Abschluß des Abkommens und die Anerkennung Israels durch die PLO führte zur Entspannung auch mit den arabischen Staaten. Am 26. Oktober 1994 schloß Jordanien einen Friedensvertrag mit Israel. Der Golf-Kooperationsrat setzte den Wirtschaftsboykott aus, und viele Staaten der Dritten Welt nahmen diplomatische Beziehungen zu Israel auf, darunter auch arabische. Die Palästinenser als Volk erhielten aber nicht die Anerkennung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung durch Israel, sondern es wurde nur die PLO als ihre Repräsentantin anerkannt.

Im „Gaza-Jericho-Abkommen“ wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. In der Vereinbarung über die „Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten“ vom 29. August 1994 wurden die in der „Prinzipienerklärung“ genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen.

Das „Interimsabkommen“ vom 28. September 1995 regelt die Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art Inselreich, das durch Umgehungsstraßen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Die Zone A umfaßt die Städte Dschenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebiets aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivillangelegenheiten eigenständig regeln, ihre Polizei hat allein das Sagen.

In der Zone B liegen 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, wird von deren Polizei allein geregelt.

In der Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel ebenso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel abgeriegelt werden. Dies stellt somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Wie weitreichend Arafats Konzessionen an Israel bereits gegangen sind, zeigen Artikel 22 des „Gaza-Jericho-Abkommens“ und Artikel 20 des „Interimsabkommens“. Hierin würde den Israelis ein „Persilschein“ dahingehend ausgestellt, daß das Land für die verursachten Schäden während seiner Besatzungszeit nicht verantwortlich und haftbar gemacht werden kann. So heißt es in beiden Abkommen gleichlautend: „Der Transfer der Macht und Verantwortlichkeiten von der israelischen Militärregierung und ihrer Zivilverwaltung an den Palästinenserrat, wie in Annex III dargelegt, schließt alle damit in Verbindung stehenden Rechte, Verpflichtungen und Pflichten ein, die in bezug auf Taten und Unterlassungen entstanden sind, die vor der Übergabe geschehen sind. Israel wird keine finanziellen Ver-

pflichtungen bezüglich dieser Taten und Unterlassungen übernehmen. Der Palästinenserrat wird alle finanziellen Verpflichtungen für sie und für sein eigenes Funktionieren tragen.“

Des weiteren zieht sich zwar die Militärverwaltung zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft (Westbank 1400, Gaza-Streifen 1000) und müssen von Arafats-Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über größere Projekte nicht eigenständig befinden. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent

und an der de-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert.

Auch im Hebron-Protokoll, das einzige Abkommen, das die Netanyahu-Regierung unterzeichnet hat, kam es nur zu einem Rückzug aus Teilen Hebrons und zu keinem Abzug. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der circa 100 000 Palästinenser unter Arafats-Regime leben, und eine H-2-Zone, in der 450 extremistische jüdische Siedler und circa 20 000 Palästinenser unter Israels Aufsicht bzw. direkter Okkupation wohnen. Mit dem Hebron-Protokoll ging ein Brief des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher einher, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freigestellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, die in drei Etappen bis August 1993 abgeschlossen sein soll, gemäß der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem hat Netanyahu alles getan, um den Status quo zu Gunsten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik Rabins, der in seiner vierjährigen Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelt und Milliarden von Schekel in die Siedlungen investiert hat.

Schon kurz nach Unterzeichnung der Abkommen begannen sich beide Seiten gegenseitig vorzuwerfen, sie erfüllten die Vereinbarungen nicht. Israels permanenter Vorwurf war, die Palästinenser täten nicht genug gegen den Terrorismus und die radikalen Kräfte von Hamas und Islamischer Heiliger Krieg. Arafat ist aber schon des öfteren mit aller Härte und Brutalität gegen die Anhänger dieser Organisationen vorgegangen ist. So hatte seine Polizei im November 1994 17 Palästinenser bei einer Demonstration in Gaza erschossen. Hunderte von Hamas-Anhänger sitzen ohne Gerichtsverfahren in Arafats Gefängnissen. Viele ihrer sozialcaritativen Organisationen wurden verboten. Auch Israel hielt sich so gut wie nie an das in den Abkommen Vereinbarte. So präsentierten die Palästinenser Ende März 1997 eine Liste von 34 Verstößen Israels gegen die Abkommen.

Warum kam es trotz dieser Schwierigkeiten zu den Abkommen und dem Versuch, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen? Verantwortlich für diesen Gesinnungswandel war die Anpassung an die veränderte Weltlage. Die Ereignisse des Jahres 1989 hatten eine „Zeitenwende“ eingeläutet, die auch den Nahen Osten nicht unberührt gelassen hat. Mit dem Kollaps der Sowjetunion verloren die radikalen arabischen Staaten ihren Waffenlieferanten und Mentor. Die USA überlebten als einzige Supermacht. Auch die Palästinenser mußten sich der „Neuen Weltordnung“ beugen.

Zur Schwächung der palästinensischen Situation trug Arafats Verhalten im zweiten Golfkrieg mit bei, als er in Verkennung der machtpolitischen Realitäten auf den irkischen Despoten Saddam Hussein setzte. Dessen Niederlage entpuppte sich als Katastrophe für die Palästinenser. Die Staaten Kuwait, Saudi-Arabien und die Golf-Emirate wiesen rund 400 000 Palästinenser aus und stellten die Zahlungen an die PLO ein. Die Folge war der finanzielle Kollaps der Organisation. Dieser korrespondierte mit einem Verlust an politischem Einfluß in den Gebieten.

Kurz nach der Unterzeichnung der Abkommen herrschte eine einhellige Unterstützung des Friedensprozesses unter weiten Teilen der Israelis und der Palästinenser. Nur einig wenige wagten es, auf die Schwachstellen hinzuweisen.

Was bleibt als Fazit, und warum sind die Palästinenser immer noch am Friedensprozeß interessiert? Die Abkommen haben die Kriegsgefahr in Israel und Palästina nicht beseitigen können. In der Region stehen die Zeichen nicht auf Frieden, sondern auf Konfrontation. Daß es dazu kommen konnte, ist auch die Schuld der jetzigen israelischen Regierung, die alles tut, um Arafat und seine Regierung zu demütigen und vor den Augen der Palästinenser lächerlich zu machen. Die Abkommen sind nicht Ausdruck von Eman-

zipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische, ökonomische und soziale Unterwerfung. Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den autonom-besetzten Gebieten sorgen. Die Abkommen nützen allein der Sicherheit Israels. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern machtpolitisch erledigt. Diese Entwicklung ist irreversibel, weil sie von der palästinensischen Führung eingeleitet worden ist.

Dieser Friedensprozeß geht auch weiter, wenn Arafat abtreten wird, weil die herrschenden Politiker daran ein ökonom-



misches Interesse haben. Es scheint, als ob viele palästinensische Politiker nur ein Interesse hätten, so schnell wie möglich Millionäre zu werden. So haben sie sich einige Monopole auf diverse Waren und Güter gesichert, deren einträchtige Gewinne in Privatschatullen fließen. Selbst Arafat ist an diesem Monopoly-Spiel beteiligt. Begründet wird dies mit seiner sozialen Verpflichtung gegenüber den Bedürftigen und Opfern der israelischen Okkupation. Die herrschende Elite lebt in schamloser Weise im Gaza-Streifen wie die Made im Speck. Die Villen von Abu Mazen und Nabil Schaath in Gaza wirken angesichts des Elends wie purer Zynismus. Demzufolge müssen sie sich auch mit hohen Mauern umgeben. Ein möglicher Aufstand der Palästinenser könnte sich auch zuerst gegen die eigene Führungsschicht richten.

Eine Wende zum Besseren ist nur dann zu erwarten, wenn Israel eine Kehrtwendung in Richtung „gerechter Friede“ vollzieht. Dies beinhaltet die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat, das Ende der Landenteignungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Ende der Häuserzerstörungen, den Siedlungsstop, die Freilassung aller Gefangenen, das Rückkehrrecht der Palästinenser in ihre Heimat, die Anerkennung Ost-Jerusalems als die Hauptstadt eines unabhängigen Staates, die Einstellung des „demographischen Krieges“ gegen die Bewohner Ost-Jerusalems, das Ende der Abriegelung und der Kollektivstrafen und die Anerkennung der Menschenrechte der Palästinenser. Solange beide Seiten auf ihren Maximalvorstellungen beharren, wird es zu keinem Frieden in der Region kommen.

Rabin bezahlte zwei Jahre später diesen mutigen Schritt mit dem Leben; ein israelischer Extremist erschoss ihn. Und von Frieden träumt die Region noch immer.

(Bild: ap)

